

Infosheet aus dem Salzburger EU-Verbindungsbüro Brüssel

EuGH verlangt mehr Mitsprache der nationalen Parlamente bei Freihandelsabkommen

Am 16. Mai 2017 hat der [Europäische Gerichtshof in Luxemburg](#) in einem Gutachten festgehalten, dass das mit Singapur verhandelte Freihandelsabkommen in der vorliegenden Form nicht ohne die Mitwirkung der Mitgliedstaaten geschlossen werden kann.

Insbesondere die *Investor-Staat-Schiedsverfahren*, auch bekannt als ISDS, fallen laut EuGH nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union, weshalb er für die nationalen Parlamente ein Mitspracherecht verlangt. Auch in den Verhandlungen von TTIP und CETA war dieser Punkt ein entscheidender. Bei CETA haben sich die Europäische Kommission und Kanada schließlich auf einen permanenten Investitionsgerichtshof geeinigt.

Der [Salzburger Landtag](#) hatte sich schon 2014 in einem [Beschluss gegen die ISDS-Gerichte](#) ausgesprochen. Auch die österreichischen Bundesländer haben in diesem Punkt Einigkeit gezeigt und solche Schiedsverfahren in einer [einheitlichen Länderstellungnahme](#) abgelehnt. Den Forderungen Salzburgs wurde damit nunmehr auch auf Europäischer Ebene Rechnung getragen.

Weiterführende Informationen:

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-05/cp170052de.pdf>

Besuchen Sie uns auch gerne auf unserer [Facebook-Seite](#).